

Massengrab Mittelmeer

EU will Hilfe für Flüchtlinge ausweiten / Sondergipfel der Staats- und Regierungschefs am Donnerstag

Luxemburg-Rom (akl-dpa). Nach den jüngsten Flüchtlingskatastrophen im Mittelmeer will die EU die Seenothilfe massiv ausweiten. Bei einem Krisentreffen der Außen- und Innenminister am Montag in Luxemburg wurde ein Zehn-Punkte-Plan unter anderem für die Verdoppelung der Mittel für die EU-Programme Triton und Poseidon auf den Weg gebracht. Die Maßnahmen sollen den Einsatz von deutlich mehr Schiffen ermöglichen und noch am Donnerstag einem Sondergipfel der Staats- und Regierungschefs vorgelegt werden.

Neben der Ausweitung der Seenotrettung könnten künftig gezielt von Schleppern genutzte Schiffe beschlagnahmt und zerstört werden. Vorbild sei die militärische Anti-Piraterie-Mission Atalanta am Horn von Afrika, sagte der zuständige EU-Kommissar Dimitris Avramopoulos. Atalanta begleitet nicht nur zivile Schiffe, sondern zerstörte mehrfach auch Piratenlager.

„Natürlich ist richtig: Je mehr Boote man für die Seenotrettung zur Verfügung stellt – ohne ergänzende Maßnahmen –, desto mehr werden Schlepper angeregt, dann ihr Geschäft fortzusetzen“, kommentierte Bundesinnenminister Thomas de Maizière (CDU) die Ergebnisse des Krisentreffens. Dennoch unterstützte Deutschland die Verstärkung. Gleichzeitig müsse entschlossen gegen den Menschenhandel vorgegangen werden. „Das gehört zu den widerlichsten Verbrechen, die man sich vorstellen kann“, sagte de Maizière. „Die EU trägt daran keine Schuld, aber wir tragen Verantwortung für die Lösung dieser Themen.“

Der UN-Hochkommissar für Menschenrechte hatte zuvor die EU wegen der Flüchtlingskatastrophe im Mittelmeer ungewöhnlich scharf kritisiert. Die Hunderten von Toten seien das Ergebnis eines anhaltenden Politikversagens und eines „monumentalen Mangels an Mitgefühl“, sagte Said Raad al-Husseini in Genf. Statt nach sinnlosen strengeren Abschottungsmaßnahmen zu rufen, müsse die EU endlich legale Fluchtwege und mehr Rettungskapazitäten für das Mittelmeer bereitstellen.

Am Montag schwand die Hoffnung, im Mittelmeer weitere Überlebende der Katastrophe vom Wochenende zu finden. Der italienischen Küstenwache zufolge war dabei ein Fischerboot mit Hunderten Flüchtlingen an Bord etwa 70 Seemeilen (130 Kilometer) vor der libyschen Küste gekentert. 24 Leichen wurden demnach geborgen, 28 Menschen gerettet. Ein Überlebender sprach von bis zu 950 Menschen an Bord. Der zuständige Staatsanwalt Giovanni Salvi sagte, die meisten Flüchtlinge seien in den unteren Decks des Schiffs eingesperrt gewesen, als das Unglück geschah. Warum sie eingesperrt waren, ist unklar.

Am Montag gerieten drei weitere Schiffe mit mindestens 400 Menschen an Bord im Mittelmeer in Seenot. Nach Hilferufen seien Rettungseinsätze eingeleitet worden, sagte Italiens Premier Matteo Renzi.

Bei dem Sondergipfel in Brüssel soll auch über seine Forderung nach einem Mechanismus zur besseren Verteilung und Aufnahme von Flüchtlingen gesprochen werden. „Wenn die Erstaufnahmeländer, also namentlich Italien und Griechenland,



Vor einem beliebten Strand der Touristeninsel Rhodos zerschellte am Montag ein Schiff mit Dutzenden Menschen an Felsen. Mindestens drei von ihnen starben, darunter ein vierjähriges Kind, wie die Küstenwache mitteilte. 93 Menschen konnten aus dem Wasser gerettet werden. FOTO: DPA

dazu Hilfe brauchen, so habe ich sie heute für die Bundesrepublik Deutschland angeboten“, sagte de Maizière. Zudem solle noch mehr dafür getan werden, dass Menschen gar nicht erst in Boote steigen.

„Wir können dem Problem auf lange Sicht nur Herr werden, wenn wir die Fluchtgründe an der Wurzel bekämpfen“, kommentierte Bundesaußenminister Frank-Walter Steinmeier. Deshalb müsse sich der Blick auf die Krisenherde vor Ort richten, insbesondere auf Libyen. Das Bürgerkriegsland ist derzeit ein Haupttransitland.

Unterdessen haben am Montag auf dem Bremer Marktplatz rund 900 Menschen mit einer Schweigeminute der Opfer gedacht und „gegen das Sterben lassen auf dem Mittelmeer“ protestiert. Olaf Bernau vom Netzwerk Afrique-Europe-Interact bezeichnete es als zynisch und menschenverachtend, dass Europa erst seine Grenzen dicht gemacht habe und jetzt Schlepper für das Sterben Tausender Menschen verantwortlich mache. „Diese Schlepper gäbe es

nicht, wenn die EU die Fluchtwege öffnen würde“, so Bernau. „Die Europäischen Innenminister könnten diesen Banden sofort das Handwerk legen, indem sie den Fährverkehr zwischen Afrika und Europa zulassen“, forderte Bernau.



Etwa 900 Menschen gedachten auf dem Bremer Marktplatz der Opfer. FOTO: KARSTEN KLAMA

Die Demonstranten setzen sich außerdem für ein gemeinsames europäisches Rettungsprogramm für Flüchtlinge in Seenot ein. Eine Forderung, die auch Innenminister Ulrich Mäurer (SPD) unterstützt. Er sprach sich für eine Wiederauflage einer gezielten Seenotrettungsaktion aus. „Es ist die schiere Verzweiflung, die Menschen antreibt, alles hinter sich zu lassen und sich auf den gefährlichen Weg nach Europa zu machen“, so Mäurer. Zu einer humanitären Flüchtlingspolitik gehörte die Bekämpfung der Fluchtursachen in den Heimatländern, eine maritime Rettungsgruppe auf dem Mittelmeer sowie legale Möglichkeiten zur Einwanderung nach Europa.

Die Bremische Bürgerschaft will am Mittwoch auf Antrag von Rot-Grün in der aktuellen Stunde ein deutliches Zeichen setzen: „Europa kann nicht länger zusehen. Die Katastrophe zeigt, dass wir die Einwanderungspolitik neu diskutieren müssen“, sagte der Sprecher der SPD-Fraktion, André Städler. Standpunkt Seite 2-Thema Seite 3

Neue Bahnstreiks ab diesem Dienstag

Frankfurt/M. Die Gewerkschaft Deutscher Lokomotivführer (GDL) hat ihre Ankündigung wahr gemacht und ruft im Tarifkonflikt mit der Bahn erneut zum Streik auf. Der Ausstand beginnt am Dienstagmittag im Güterverkehr und wird in der Nacht auf Mittwoch auf den Personenverkehr ausgeweitet. Konkret beginnt der Streik im gesamten Personenverkehr am Mittwoch um 2 Uhr und soll am Donnerstag um 21 Uhr enden, wie die GDL mitteilte. Im Güterverkehr wollen die bei der GDL organisierten Lokführer bereits am Dienstagnachmittag ab 15 Uhr die Arbeit niederlegen – bis Freitagmorgen um 9 Uhr. Damit dürfte der Zugverkehr vor allem am Mittwoch und Donnerstag erheblich gestört werden. Es ist die siebte Streikaktion seit Beginn des Konflikts. Zuletzt hatten die Lokführer Anfang November gestreikt. Vertreter der Bremer Wirtschaft ärgerten sich zwar über die erneuten Streiks, rechneten aber nicht mit größeren Störungen. „Unsere Mitglieder haben sich mittlerweile daran gewöhnt“, sagte Uwe Will, Geschäftsführer der Bremischen Hafenvertretung. Die Autozüge von Bremens größtem Logistiker, BLG Logistics, werden nur zu fünf Prozent durch die Deutsche Bahn bewegt. Bericht Seite 15

Mehr Betreuung für Langzeitarbeitslose

Bremen. Bundesarbeitsministerin Andrea Nahles (SPD) will für Langzeitarbeitslose eine Schwerpunktbetreuung in den Jobcentern aufbauen. Im Interview mit dem WESER-KURIER sagt sie: „Wir müssen uns darauf konzentrieren, wo Armut besonders schlimm ist. Und da kann man den Zusammenhang mit der Langzeitarbeitslosigkeit schnell herstellen.“ Viele Langzeitarbeitslose seien „keine Kandidaten für den ersten Arbeitsmarkt“, sie müssten erst einmal durch das Programm „Soziale Teilhabe“ aufgefangen werden. Im Bundesland Bremen, vor allem in Bremerhaven, sei „der hohe Anteil von Leiharbeitern ein Grund für eher unterdurchschnittliche Löhne“. Durch gesetzliche Änderungen will Nahles verhindern, dass „durch solche Konstruktionen nur die Löhne gedrückt werden.“ In Bremen würde das vor allem den Metallbereich betreffen, wo 80 Prozent der Leiharbeit stattfinden. Interview Seite 4



Andrea Nahles FOTO: FRANK KOCH

FBI-Fehler führen zu Justizirrtümern

Bremen (wer). Seit drei Jahren keimt in den USA der Verdacht, die vor Gericht angeführten Haaranalysen der Bundespolizei FBI könnten als Beweismittel ungenügend sein. Damals hatte die Zeitung „Washington Post“ berichtet, fehlerhafte forensische Gutachten hätten zur Verurteilung Aberhunderter Angeklagter geführt, die eventuell unschuldig seien. Doch erst nachdem sich die Behörden zur langwierigen Prüfung einiger Verdachtsfälle durchgerungen hatten, dringt das verhängnisvolle Ausmaß der kriminaltechnischen Fehlleistungen an die Öffentlichkeit. Zwar räumt auch das FBI selbst mittlerweile kleinlaut Fehler ein. Den eventuell zu Unrecht zum Tode oder zu langen Gefängnisstrafen Verurteilten hilft dieses Eingeständnis aber nur bedingt. Während Kritiker bereits den größten Forensikskandal in der Geschichte der USA wittern, müht sich die Justiz um Schadensbegrenzung. Berufungsverfahren in etlichen Bundesstaaten sollen nun klären, inwieweit mangelhafte Indizienketten Justizirrtümern Vorschub geleistet haben. In 95 Prozent der bislang untersuchten 268 Zweifelsfälle waren die Haaranalysen fehlerhaft. Kommentar Seite 2-Bericht Seite 8

Jetzt doch „Völkermord“

Koalition benutzt Begriff für türkisches Massaker an Armeniern

Berlin. Union und SPD wollen im Zusammenhang mit den Massakern an den Armeniern vor 100 Jahren nun doch von „Völkermord“ sprechen. Das geht aus einem Entwurf für die Gedenkstunde am 24. April im Bundestag hervor, über den die Koalitionsfraktionen an diesem Dienstag abstimmen. Zunächst war in dem Papier mit Rücksicht auf die Beziehungen zur Türkei der Begriff Völkermord vermieden worden.

Nun heißt es in dem Text, 1915 habe das damalige türkische Regime mit der planmäßigen Vernichtung von mehr als einer Million Armeniern begonnen. „Ihr Schicksal steht beispielhaft für die Geschichte der Massenvernichtungen, der ethnischen Säu-

berungen, der Vertreibungen und der Völkermorde, von denen das 20. Jahrhundert auf so schreckliche Weise gezeichnet ist. Dabei wissen wir um die Einzigartigkeit des Holocaust, für den Deutschland Schuld und Verantwortung trägt.“

Voraussichtlich wird auch Bundespräsident Joachim Gauck bei einer Gedenkveranstaltung von „Völkermord“ reden. Der Sprecher des Auswärtigen Amtes, Martin Schäfer, verwies darauf, dass es einen Austausch zwischen Regierung und Präsidialamt gegeben habe. Auf die Frage, ob sich die Regierung nun auf Spannungen mit Ankara einstellen müsse, sagte Schäfer: „Das warten wir jetzt mal ab.“ Kommentar Seite 2

Staatsanwalt unter Anklage

Vorwurf: Ermittlungen gegen mordenden Krankenpfleger verschleppt

Oldenburg-Osnabrück. Der ehemalige Krankenpfleger Niels Högel könnte für eine der größten Mordserien in Deutschland verantwortlich sein. Das ganze Ausmaß seiner Taten am Klinikum Delmenhorst wird erst nach und nach bekannt – möglicherweise weil die Ermittlungen verschleppt worden sind. Die Staatsanwaltschaft Osnabrück hat jetzt Anklage gegen einen früheren Kollegen aus Oldenburg wegen Strafvereitelung im Amt und Rechtsbeugung erhoben. Die Familien der Opfer hatten dem Ex-Oberstaatsanwalt schon länger Versäumnisse vorgeworfen.

Das Landgericht Oldenburg hatte Högel im Februar unter anderem wegen Mordes

an zwei Patienten des Klinikums Delmenhorst zu lebenslanger Haft verurteilt. Er hatte den Opfern eine Überdosis eines Herzmedikaments gespritzt. 2005 hatte ihn eine Krankenschwester auf frischer Tat ertappt. 2008 verurteilten ihn die Richter in einem ersten Prozess wegen Mordversuchs zu siebenmonatiger Haft. Zu der zweiten Anklage kam es erst Anfang 2014, nachdem Angehörige für die Aufklärung gekämpft und eine andere Oberstaatsanwältin den Fall übernommen hatte.

Ihrem Vorgänger wird nun vorgeworfen, die Ermittlungen verschleppt zu haben. Im Falle einer Verurteilung droht ihm mindestens ein Jahr Haft. Bericht Seite 13

INHALT

Bildung & Wissen	28
Familienanzeigen	13
Fernsehen	6
Lesermeinung	4
Rätsel & Roman	27
Tipps & Termine	19
Veranstaltungsanzeigen	20
Verbraucher	18

H 7166 • 28189 BREMEN



BREMEN

Neue Serie zu Bremens Verkehr

Bremen. Läuft der Verkehr in Bremen wirklich so gut, wie es Erhebungen sagen? Das haben wir Sie gefragt, unsere Leserinnen und Leser. Mit zahlreichen Beispielen belegen Sie das Gegenteil: So klagen etwa viele Autofahrer, auf der Parkallee häufig vor roten Ampeln zu stehen. Warum ist das so? Mit diesen und anderen Leserbriefen haben wir das Amt für Straßen und Verkehr konfrontiert. In unserer Serie „Verkehr verkehrt“ nimmt die Behörde dazu Stellung. Zum Auftakt geht es um die Parkallee und den Autobahnzubringer Universität – eine der Hauptverkehrsachsen für den Berufsverkehr. Wo manche nur rot sehen, spricht das Amt von grüner Welle. Seite 9

SERIE „OFFENE WAHL“

Bremen und das Umland

Bremen. Zwischen Bremen und den benachbarten Kommunen gibt es ausgeprägte Verflechtungen. Die Kooperation reicht von der Kultur bis zum Nahverkehr. Ein Schwachpunkt war lange Zeit die fehlende Bereitschaft zur Abstimmung bei der Ansiedlung von Einzelhandel und Gewerbe. Doch angetrieben vom Kommunalverband Niedersachsen/Bremen hat sich auch hier einiges getan. Unsere Wahlserie befasst sich heute mit diesem komplizierten Miteinander. Seite 14



WISSEN

Lehrreiche Erdgeschichte

Bremen. Die gewachsene Menge des Treibhausgases Kohlendioxid in der Erdatmosphäre führt nicht nur zu höheren Lufttemperaturen, sondern wirkt sich auch auf das Leben im Meer aus: Ein Teil des Gases gelangt in den Ozean und führt dort zu einer Veränderung des pH-Werts. Dass Tiere dadurch Probleme bekommen können, zeigen viele Studien. Die Erdgeschichte liefert ein Beispiel dafür, dass solche Veränderungen sogar katastrophale Folgen haben können. Dass vor 252 Millionen Jahren die meisten Arten ausstarben, hing nach Erkenntnissen einer internationalen Forschergruppe mit einem veränderten pH-Wert des Meerwassers zusammen. Seite 28

WETTER

Tagsüber	Nachts	Niederschlag
15°	5°	10%

Schönes Frühlingwetter
Das kräftige Hoch über Großbritannien und Frankreich sorgt in Mitteleuropa für stabiles, freundliches Frühlingwetter.

Das ausführliche Wetter finden Sie auf Seite 8 und jederzeit aktuell auf dem Online-Portal des WESER-KURIER unter:

www.weser-kurier.de/wetterkontor/aktuell